

Geschichte – Der Ministerpräsident war als Mitglied einer maoistischen Gruppe vom Radikalenerlass betroffen. Er spricht sich für eine wissenschaftliche Aufbereitung aus

# Kretschmanns rote Vergangenheit

STUTT GART. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) spricht sich für eine Aufarbeitung der Berufsverbote gegen vermeintliche oder tatsächliche Staatsfeinde in den 70er-Jahren aus. Kretschmann war Mitte der 1970er-Jahre selbst als angehender Referendar im Schuldienst von einem Berufsverbot bedroht, weil er Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW) war. »Ich halte eine wissenschaftliche Aufarbeitung für wünschenswert«, sagte der Regierungschef. Jedoch könne dies eine Landesregierung in der notwendigen Tiefe und Seriosität nicht leisten, das sei Aufgabe der Wissenschaft.

Forscher seien mit äußerst schwierigen Datenschutzproblemen konfrontiert und müssten eine Vielzahl an Fällen aufarbeiten, erläuterte der Regierungschef. Damit reagierte er auf die Forderung von Betroffenen, die ihn vor Kurzem aufgefordert hatten, sich für die Aufarbeitung des sogenannten Radikalenerlasses aus

dem Jahr 1972 und seine Folgen einzusetzen.

Zum Teil sei das Vorgehen gegen Menschen mit linken Ansichten hysterisch gewesen, in seinem eigenen Fall allerdings berechtigt, sagte Kretschmann. »Warum hätte der Staat damals jemanden einstellen sollen, der im KBW für die Diktatur des Proletariats eintrat?« Der Lehrer für Chemie und Biologie fügte hinzu: »So jemand kann doch nicht in den Staatsdienst.« In die Referendarausbildung an der Universität Stuttgart-Hohenheim und den Schuldienst sei er dann doch gekommen, »weil ich mich von diesem Club abgewendet habe«.

## Kommunistischer Bund

Diesem »Club« gehörten auch andere später prominente Politiker an, so der grüne EU-Abgeordnete Reinhard Bütikofer, die Ex-Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) und die ehemalige Vorsit-

zende der Grünen-Bundestagsfraktion Krista Sager. Kretschmann sagte zu seinem ehemaligen Engagement in der maoistisch orientierten Gruppe, die sich der Weltrevolution verschrieben hatte: »Das war einer meiner großen politischen Irrtümer.« Eine Betroffenen-Initiative mit dem Namen »40 Jahre Radikalenerlass«, hatte Kretschmann vorgeworfen, er wolle die Vergangenheit nicht mehr wahrhaben. Kretschmann habe das Anliegen abgetan mit der Begründung, es gebe keine Dokumente mehr aus der Zeit. Dies entspreche aber nicht den Tatsachen, es gebe etliche Unterlagen.

Laut »Stuttgarter Zeitung« sind im Landesarchiv 2.000 Unterlagen zum Thema Berufsverbote gelagert, eine davon zum Fall »Kretschmann, Winfried, Echterdingen«. Die Akte umfasst Schriftstücke des Landesamtes für Verfassungsschutz, des Oberschulamtes Stuttgart und des Landesinnenministeriums sowie gesammelte Flugblätter. (dpa)

GEA-RT

19.12.14